

II- 3574 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 9. Juli 1974

Nb. 1755/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Kraft, *Kinzl*  
und Genossen

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Abschaffung der Grenzkarte für Grenzpendler in die BRD

Der Oberösterreichische Grenzgängerrechtsschutzverband hat in seiner unlängst stattgefundenen Jahreshauptversammlung die Abschaffung der Grenzkarte für seine Mitglieder gefordert. Der dieses Problem betreffende Teil der einstimmig beschlossenen Resolution lautet:

"Vom Freistaat Bayern erwarten wir, daß die Grenzkarte abgeschafft oder wenigstens unbefristet ausgestellt wird. Zumindest sollte sie die gleiche Gültigkeitsdauer wie die Arbeitsgenehmigung haben.

Da jeder Grenzgänger neben seinem Paß bzw. seinem Personalausweis noch eine Arbeitsgenehmigung und die Meldekarte für Grenzgänger der Finanzämter besitzen muß, erscheint die zusätzliche Grenzkarte überflüssig und diskriminierend. Dabei sollte berücksichtigt werden, daß wir österreichischen Grenzgängern uns schon seit Generationen auf bayerischen Arbeitsplätzen bewähren und Erfahrungen sammeln konnten, die den Angehörigen anderer Staaten zweifelsfrei fehlen, auch wenn diese mit der europäischen Gemeinschaft assoziiert sind und damit ihren Staatsangehörigen erheblich größere Freizügigkeiten bieten."

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e:

1. Sind Sie bereit, Maßnahmen zu ergreifen, damit dieser Wunsch des Grenzgängerrechtsschutzverbandes erfüllt wird?
2. Wenn ja, wann ist damit zu rechnen?
3. Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?